

## Rückmeldung zur öffentlichen Konsultation zu

# Wassersektor – Beschleunigung der Digitalisierung für eine bessere Bewirtschaftung und Nachhaltigkeit

---

Wien, 23. 06. 2026

### Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs

Unser Ziel ist es, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in Österreich zugänglich, leistbar und von hoher Qualität bleiben – heute und in Zukunft. Der VÖWG vernetzt über 120 Unternehmen, Institutionen und Organisationen und fördert den Wissensaustausch – etwa in den Bereichen Energieversorgung, öffentlicher Verkehr, Wasser- und Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Wohnen sowie Gesundheits- und Sozialdienste. Zudem unterstützt der VÖWG seine Mitglieder mit einem breiten Serviceangebot, begleitet politische und regulatorische Entwicklungen und stärkt die Stimme der Daseinsvorsorge auf nationaler und europäischer Ebene.

**Rechtsform:**  
Verein

**Sitz:**  
Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

**ZVR-Zahl (AT):**  
338965482

**Zuständigkeit:**  
Landespolizeidirektion Wien

**EU-Transparenzregisternummer:**  
643879152710-58

## Einleitung

Mit dem Call for Evidence zur Initiative „Wassersektor – Beschleunigung der Digitalisierung für eine bessere Bewirtschaftung und Nachhaltigkeit“ verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, die Digitalisierung im Wassersektor zu beschleunigen und damit Wasserbewirtschaftung, Nachhaltigkeit, Effizienz und Resilienz zu stärken. Der geplante digitale Aktionsplan ist als Teil der Europäischen Wasserresilienzstrategie vorgesehen und soll insbesondere die Nutzung von Daten, digitalen Technologien, KI-Anwendungen, Smart Metering, Sensorik, Erdbeobachtung und interoperablen digitalen Strukturen im Wassersektor vorantreiben.

Der VÖWG begrüßt grundsätzlich den Einsatz digitaler Lösungen dort, wo sie einen konkreten Beitrag zur Versorgungssicherheit, Qualitätssicherung, Ressourceneffizienz und operativen Leistungsfähigkeit öffentlicher Wasser- und Abwasserunternehmen leisten. Zugleich ist aus Sicht der Daseinsvorsorge entscheidend, dass Digitalisierung nicht als Selbstzweck verstanden wird. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sind zentrale Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Teil kritischer Infrastruktur. Ihre Sicherheit, Leistbarkeit und kontinuierliche Verfügbarkeit müssen daher Vorrang vor pauschalen Digitalisierungszielen, kurzfristigen Technologietrends oder zusätzlichen Abhängigkeiten von externen digitalen Dienstleistern haben.

## VÖWG-Positionen im Überblick

- Digitalisierung im Wassersektor muss der Versorgungssicherheit dienen und darf nicht zum Selbstzweck werden.
- Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sind kritische Infrastruktur; Cybersicherheit, Resilienz und Datenhoheit müssen daher oberste Priorität haben.
- Digitale Lösungen sollen dort eingesetzt werden, wo sie klare Vorteile für Qualitätssicherung, Betrieb, Instandhaltung, Effizienz, Leckageerkennung, Monitoring und Berichtswesen bringen.
- IoT-Systeme, internetbasierte Anwendungen und KI-gestützte Analysen müssen sorgfältig geprüft werden, da jede zusätzliche Vernetzung potenzielle Angriffsflächen erhöht.
- Datenzugang und Datenteilung müssen zweckgebunden, sicher und nach dem „Need-to-know“-Prinzip erfolgen. Sensible Daten über kritische Wasserinfrastrukturen dürfen nicht unkontrolliert verfügbar gemacht werden.
- EU-weite Standards und digitale Governance-Strukturen müssen Sicherheit, Resilienz, Interoperabilität, Datenqualität, Datenschutz sowie Transparenz und Nachvollziehbarkeit von KI-Systemen gewährleisten.
- Smart Meter, Sensorik und digitale Monitoring-Systeme bieten Chancen für Verbrauchstransparenz, Leckageerkennung, Grundwasser- und Temperaturmonitoring, müssen aber datenschutzkonform und sicher ausgestaltet sein.
- Die größten Herausforderungen liegen in der Priorisierung von Investitionen, im Personal- und Kompetenzaufbau, in der Integration über mehrere Versorgungssegmente hinweg sowie in Cybersicherheit und Datenschutz.
- Die EU sollte keine pauschalen Digitalisierungspflichten schaffen, sondern rechtliche Klarheit, praxistaugliche Leitlinien, Fördermöglichkeiten und sichere Rahmenbedingungen für bedarfsorientierte digitale Lösungen bereitstellen.

## Digitalisierung als Instrument zur Stärkung der Daseinsvorsorge

Die Digitalisierung kann für die öffentliche Wasserwirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie gezielt und verantwortungsvoll eingesetzt wird. Kommunale Unternehmen nutzen bereits heute zahlreiche digitale Anwendungen, etwa zur Überwachung der Wasserqualität, zur Wartung und Instandhaltung, zur Verbrauchserfassung und Abrechnung, in Geoinformationssystemen, bei Netzberechnungen, in der Zustandsbewertung von Anlagen, bei der Rehabilitationsplanung sowie in der Hydrantenüberwachung.

Diese Anwendungen können betriebliche Abläufe effizienter gestalten, Daten besser nutzbar machen und Investitionsentscheidungen fundierter vorbereiten. Besonders in der Instandhaltung, Netzbewirtschaftung und Verbrauchsanalyse bieten digitale Werkzeuge einen klaren Mehrwert. Aus Sicht des VÖWG muss ihr Einsatz jedoch stets an den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge gemessen werden: Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel und muss jederzeit sicher, qualitativ hochwertig und leistbar verfügbar sein. Bewährte und robuste Systeme dürfen daher nicht vorschnell ersetzt werden, nur weil neue Technologien verfügbar sind.

Zentral ist zudem die langfristige Handlungsfähigkeit öffentlicher Betreiber. Wasserinfrastrukturen bestehen über Generationen hinweg, während digitale Geschäftsmodelle, Softwareprodukte und Anbieter einem deutlich schnelleren Wandel unterliegen. Ein europäischer Aktionsplan sollte daher die Eigenständigkeit und Resilienz öffentlicher Wasserunternehmen stärken und nicht neue Abhängigkeiten von proprietären Systemen, kurzfristigen Technologietrends oder externen Dienstleistern schaffen.

## Cybersicherheit, Datenhoheit und Schutz kritischer Infrastruktur

Die Wasserversorgung zählt zur kritischen Infrastruktur. Digitalisierung in diesem Bereich muss daher unter besonders hohen Sicherheitsanforderungen erfolgen. Jede zusätzliche Vernetzung, jedes IoT-Gerät und jede neue digitale Schnittstelle kann die potenzielle Angriffsfläche erhöhen. Dies gilt insbesondere für Systeme, die mit dem Betrieb hydraulischer Netze, Steuerungsprozessen oder sensiblen Infrastrukturdaten verbunden sind.

Sicherheitskritische Steuerungs- und Versorgungssysteme dürfen daher nicht ohne strenge Prüfung mit internetbasierten Diensten oder externen Plattformen verknüpft werden. Auch beim Einsatz von KI-gestützten Analysen ist besondere Vorsicht geboten, da solche Systeme umfangreiche Informationen über Aufbau, Funktionsweise und mögliche Schwachstellen der Wasserinfrastruktur verarbeiten können. Im Falle eines Cyberangriffs könnten diese Informationen missbraucht werden, um weitere Angriffe gezielter vorzubereiten.

Vor einer breiteren Bereitstellung von Wasser- und Infrastrukturdaten an Behörden, Unternehmen oder private Akteure muss sichergestellt sein, dass angemessene Cybersicherheitsanforderungen erfüllt werden. Nicht alle potenziellen Datennutzer unterliegen denselben Verpflichtungen wie Betreiber kritischer Infrastruktur. Der VÖWG spricht sich daher für ein klares „Need-to-know“-Prinzip aus: Datenzugang und Datenteilung müssen zweckgebunden, verhältnismäßig, sicher und nachvollziehbar gestaltet sein. Datenhoheit und Sicherheitsverantwortung müssen bei den öffentlichen Betreibern gewahrt bleiben.

## Anforderungen an europäische Standards und digitale Governance

Ein europäischer Aktionsplan kann dort Mehrwert schaffen, wo er Rechtssicherheit, Interoperabilität und klare Orientierung bietet. Einheitliche Standards können die Einführung digitaler Lösungen erleichtern, sofern sie praxisnah ausgestaltet sind und die Besonderheiten der Wasserwirtschaft berücksichtigen. Technische und regulatorische Standards werden von öffentlichen Betreibern nicht grundsätzlich als Hindernis wahrgenommen, sondern können einen verlässlichen Rahmen für sichere, strukturierte und interoperable digitale Systeme schaffen.

Aus Sicht des VÖWG müssen EU-weite Datenstandards und digitale Governance-Strukturen insbesondere Sicherheit, Resilienz, Datenqualität und Vertrauenswürdigkeit gewährleisten. Dies ist vor allem für KI-Anwendungen zentral, da automatisierte Analysen nur dann sinnvoll eingesetzt werden können, wenn die zugrunde liegenden Daten vollständig, korrekt, aktuell und fachlich plausibel sind. Die Qualität der Datenerhebung und Datenpflege ist daher eine wesentliche Voraussetzung für jede weitergehende Digitalisierung.

Ebenso wichtig sind Transparenz und Nachvollziehbarkeit, denn menschliche Plausibilitätskontrolle und betriebliches Erfahrungswissen dürfen nicht durch Automatisierung verdrängt werden. Darüber hinaus müssen Datenschutz, Datennutzung und Datenteilung klar geregelt sein, insbesondere bei Smart Metern und Kundendaten.

# Chancen und Grenzen von KI, Smart Metern, Sensorik und digitalen Zwillingen

KI, Smart Meter, Sensorik, digitale Zwillinge und Erdbeobachtung können im Wassersektor wichtige Chancen eröffnen. Besonders großes Potenzial besteht in der Automatisierung einfacher Arbeitsschritte, in der statistischen Datenauswertung, im Reporting, in der Analyse von Wasserverlusten und Verbrauchsmustern sowie in der Unterstützung von Prognosen und Planungsprozessen.

Smart Meter können eine kontinuierlichere Erfassung des Wasserverbrauchs ermöglichen, Leckagen früher sichtbar machen und durch transparente Verbrauchsinformationen zu einem bewussteren Umgang mit Wasser beitragen. Sensorik bietet darüber hinaus Chancen für Grundwassermonitoring, Temperaturmonitoring im Wassernetz und die laufende Überwachung relevanter Umwelt- und Betriebsparameter.

Gleichzeitig müssen die Grenzen und Risiken dieser Technologien klar benannt werden. Dazu zählen Cybersicherheitsrisiken, Datenschutzfragen, mögliche Abhängigkeiten von Technologieanbietern, steigende Kosten für Betrieb und Wartung sowie die Gefahr, dass automatisierte Systeme fachliche Erfahrung und menschliche Plausibilitätskontrolle schwächen. Digitale Zwillinge und KI-Modelle können wertvolle ergänzende Instrumente sein, sollten jedoch als Unterstützung des Fachpersonals verstanden werden und nicht als Ersatz für lokale Expertise, robuste Notfallstrukturen und betriebliche Erfahrung.

## Investitionen, Personal und organisatorische Umsetzung

Die Digitalisierung der Wasserwirtschaft ist nicht nur eine technische, sondern auch eine organisatorische Aufgabe. Eine wesentliche Herausforderung liegt darin, Digitalisierungsprojekte mit anderen Investitionsbedarfen abzustimmen und über mehrere Versorgungssegmente hinweg zu priorisieren. Viele kommunale Unternehmen sind nicht nur in der Wasserversorgung tätig, sondern auch in Bereichen wie Strom, Gas, Fernwärme oder Abwasser. Eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie über diese Bereiche hinweg ist anspruchsvoll und erfordert langfristige Planung.

Neben Investitionen in Technik braucht es qualifiziertes Personal und entsprechende Kompetenzen. Digitalisierung erfordert sowohl wasserfachliches Know-how als auch IT-Kompetenz. Gleichzeitig binden operative Aufgaben bereits heute erhebliche personelle Ressourcen. Der Spielraum für zusätzliche Innovationsprojekte ist daher oft begrenzt. Ein europäischer Aktionsplan sollte deshalb auch Schulungen, Kompetenzaufbau, Erfahrungsaustausch, Datenqualitätsmanagement, Cybersicherheitsmaßnahmen und langfristige Betriebskosten berücksichtigen.

## Rolle der Europäischen Union

Der VÖWG sieht die Rolle der Europäischen Union vor allem darin, sichere und praxistaugliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören rechtliche und regulatorische Klarheit, insbesondere beim Einsatz von KI, bei Datenschutz, Datennutzung, Datenteilung und Cybersicherheit. Betreiber benötigen klare Leitlinien, welche Anwendungen zulässig sind, welche Anforderungen gelten und wie bestehende Grauzonen vermieden werden können.

Die EU sollte harmonisierte Anforderungen entwickeln, ohne die Umsetzung vor Ort zu stark zu vereinheitlichen. Die Wasserwirtschaft ist regional sehr unterschiedlich organisiert. Topografie, Wasserressourcen, Infrastruktur, Unternehmensgrößen, technische Ausgangslagen und klimatische Herausforderungen unterscheiden sich erheblich. Ein europäischer Rahmen muss diese Vielfalt berücksichtigen und darf keine pauschalen Vorgaben schaffen, die lokale Resilienz oder bewährte Strukturen schwächen.

Darüber hinaus sollte die Europäische Kommission den Wassersektor auch durch bessere Rahmenbedingungen für den Schutz der Ressource Wasser unterstützen. Dazu zählen insbesondere die Reduktion von Schadstoffen, die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips, der Schutz von Einzugsgebieten sowie die Unterstützung langfristiger Investitionen in Infrastruktur und Resilienz. Digitalisierung kann diese Aufgaben unterstützen, aber nicht ersetzen.

## Schlussbemerkung

Der VÖWG sieht in der Digitalisierung des Wassersektors grundsätzlich eine Chance, die öffentliche Wasserwirtschaft in ihrer Leistungsfähigkeit, Effizienz und Resilienz zu stärken. Digitale Anwendungen können wichtige Beiträge zu Monitoring, Instandhaltung, Verbrauchstransparenz, Leckageerkennung, Datenanalyse und Berichtsweisen leisten. Viele öffentliche Betreiber nutzen solche Lösungen bereits heute erfolgreich und entwickeln sie kontinuierlich weiter.

Damit Digitalisierung im Wassersektor tatsächlich einen Mehrwert schafft, muss sie sicherheitsorientiert, gemeinwohlorientiert und praxisnah ausgestaltet werden. Die kontinuierliche, sichere und leistbare Versorgung der Bevölkerung muss stets Vorrang vor technologischen Trends, Marktinteressen oder pauschalen Digitalisierungszielen haben.

Ein europäischer Aktionsplan sollte daher auf Ermöglichung statt Verpflichtung, auf Sicherheit statt maximaler Vernetzung und auf Datenqualität statt bloßer Datenverfügbarkeit setzen. Richtig ausgestaltet kann er einen Beitrag dazu leisten, die Wasserwirtschaft zukunftsfähig, resilient und effizient weiterzuentwickeln – vorausgesetzt, Digitalisierung wird als Instrument zur Stärkung der Daseinsvorsorge verstanden und nicht als Selbstzweck.

## Inhaltliche Verantwortung

<b>Virginia Hagn</b>	<b>Teamleitung Wasserpolitik und Kreislaufwirtschaft</b> +43-1-4082204-20 virginia.hagn@voewg.at
<b>Lilli Fida</b>	<b>Referentin Wasserpolitik und Kreislaufwirtschaft</b> +43-1-4082204-12 lili.fida@voewg.at